Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

12.5.1876 (No. 113)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. Mai.

№ 113. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1876.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 8. d. Mts. gnädigst geruht:

den Amtmann Karl August Kopp in Bonndorf dem Bezirksamt Bruchsal beizugeben;

den Amtmann Ludwig Gaddum bei dem Bezirksamt Konstanz zum Amtsvorstand in Bonndorf zu ernennen;

den Amtmann Florian Gruber bei dem Bezirksamt Bruchsal in gleicher Eigenschaft zum Bezirksamt Konstanz zu versetzen;

die provisorischen Lehrer Dr. Wilhelm Mangelsdorf am Gymnasium zu Karlsruhe und Ernst Pielmann am Gymnasium in Konstanz sowie den Lehramts-Praktikanten Wilhelm Bunkofer am Gymnasium zu Rastatt zu Professoren an den genannten Anstalten und

den Revisionsassistenten Anton Hund bei der großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zum Revisor bei dem Ministerium des Innern zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 8. Mai l. J. gnädigst geruht, den Bezirks-Maschineningenieur Bahninspektor Karl Delisle dahier auf sein unterthänigstes Ansuchen aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Dresden**, 10. Mai. Die Zweite Kammer hat den Ankauf der Leipzig-Dresdener Eisenbahn für den Staat mit 49 gegen 22 Stimmen genehmigt.

† **Wien**, 10. Mai. Nachrichten aus Salonichi zufolge ist ein türkisches Kriegsschiff mit dem Gouverneur, dem Kommissär der Pforte und den Spezialkommissären Deutschlands und Frankreichs heute dort angekommen. Der österreichische Kriegsdampfer „Radetzky" wird erwartet.

† **Haag**, 10. Mai. Die Zweite Kammer hat das neue Münzgesetz, durch welches die reine Goldwährung mit Goldmünzen zu 5 und 10 Gulden eingeführt wird, angenommen. Für die Zwecke des Verkehrs sollen Guldenstücke in Silber, mit einem effektiven Werth von 0,945 Cents in Bronce, geprägt werden. Der Antrag, in Indien die Goldwährung einzuführen und daselbst die gleiche Münzwährung wie im Mutterlande aufrecht zu erhalten, wurde dem Staatsrath zur Berathung überwiesen.

† **Ragusa**, 10. Mai. Moukhtar Pascha hat gestern eine Expedition zur Verproviantirung von Piva mit Erfolg unternommen.

† **Konstantinopel**, 10. Mai. Ein Regierungstelegramm bestätigt die Verproviantirung von Piva durch die türkischen Truppen. Dieselben haben weder auf dem Hinmarsch nach Piva noch auf dem Rückmarsche nach Gaczko Insurgenten angetroffen.

† **New-York**, 10. Mai. Nach Berichten aus Mexiko hat sich Porficio Diaz vor den Regierungstruppen auf Matamoras zurückgezogen.

† **Philadelphia**, 9. Mai. Zur Eröffnung der Welt-Ausstellung sind bereits der Präsident Grant und die Mitglieder des Kabinets, Vertreter des Kongresses und andere hervorragende Personen, sowie zahlreiche Fremde hier eingetroffen. Die Straßen sind festlich geschmückt. Zur Eröffnungsfeier sind 4000 Einladungen ergangen. Nach dem amtlichen Verzeichnisse der auswärtigen Kommissäre sind im Ganzen 44 Länder vertreten.

Deutschland.

§§ **Berlin**, 9. Mai. Die in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begonnene dritte Lesung des Ansiedelungsgesetzes erlangte ein außergewöhnliches Interesse dadurch, daß der Abg. Lasker Gelegenheit zu einer allgemeineren Kritik der Politik des gegenwärtigen Landwirthschaftsministers nahm, worauf der Minister Dr. Friedenthal seinerseits mit einer ausführlichen Vertheidigung antwortete. Es handelte sich zunächst um § 15 der Vorlage, in welchem die Bedingungen festgesetzt werden, unter denen die Erlaubniß zu einer neuen Ansiedelung versagt werden darf. Dieser Paragraph war bereits in der zweiten Berathung Gegenstand einer lebhaften Kontroverse gewesen; ein Amendement Lasker-Hammacher war damals abgelehnt worden. Heute erklärte nun der Abg. Lasker, daß, wenn eine Verbesserung im Sinne dieses Amendements nicht zu erreichen sei, man es lieber beim Alten lassen solle. Dabei betonte er, daß hier die erste größere Vorlage des Ministers Friedenthal in Frage stehe, daß es aber so aussehe, als wolle der Minister unter dem Deckmantel einer sehr lobenswerthen Reform lediglich konservative Tendenzen verfolgen. Dagegen verwahrte sich später der Minister sehr entschieden. Er meinte, die Schlagwörter „liberal" und „konservativ" dürften in Gesetzgebungsfragen überhaupt nicht herein gezogen werden. Jedenfalls aber gehe die Regierung bei ihren Reformentwürfen auch wirklich von der ehrlichen Absicht des Reformirens aus. Die Diskussion des Gesetzentwurfs wurde übrigens, als die wichtigeren Paragraphen zur Debatte gelangten, wegen des Eingangs neuer Anträge vertagt. Es folgte die dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die evangelische Kirchenverfassung. Außer einer langen aber unverständlichen Eröffnungsrede des Abg. v. Gerlach mußte sich das Haus, welches sehr unruhig war, noch verschiedene längere Diskussionen, in denen namentlich der Abg. Brüel die Geduld seiner Kollegen in Anspruch nahm, gefallen lassen. Das Resultat war jedoch, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung, abgesehen von einer einzigen unwesentlichen Aenderung, bestehen blieben. Die Annahme des ganzen Gesetzentwurfs erfolgte mit 211 gegen 141 Stimmen.

* **Berlin**, 9. Mai. Die „Deutsche Reichskorrespondenz" schreibt: Das hier und da auftauchende Gerücht, als ob mit dem früheren König von Hannover resp. dessen Erben über die braunschweigische Erbfolge verhandelt werde und diese Frage namentlich durch eine Abdankung des Königs Georg ihre Lösung finden solle, wird uns einstweilen als verfrüht bezeichnet.

Die durch verschiedene Zeitungen gehende Nachricht, als ob wegen Erledigung des Kulturkampfes mit dem Kardinalskollegium in Rom verhandelt werde, beruht auf einem Mißverständniß. Eine etwaige Verhandlung mit den Kardinälen könnte nur die demnächstige Papstwahl zum Gegenstand haben.

Die von der heutigen Tagesordnung abgesetzte Berathung der Interpellation des Abg. Franz wegen der bei dem Erzpriester Beer in Ohlau stattgehabten Haussuchung kann am Donnerstag noch nicht zur Beantwortung gelangen, da nach einem Schreiben des Ministers des Innern sich bei Durchlesung des amtlichen Berichts herausgestellt hat, daß zu einer erschöpfenden Beantwortung der Interpellation die Einsicht der betreffenden Akten erforderlich ist, die dem Minister zur Zeit noch nicht vorliegen, von ihm aber bereits eingefordert worden sind.

Die Zahl der Beamten am königlichen Stadtgericht zu Berlin, welches seinem Umfange nach nicht allein das bedeutendste in der ganzen preußischen Monarchie, sondern im Deutschen Reiche ist, beträgt gegenwärtig nach der kürzlich stattgehabten etatsmäßigen Vermehrung nicht weniger als 695 Köpfe, die in 15 verschiedene Kategorien zerfallen. Es sind vorhanden: 1 Präsident, 3 Direktoren, 172 Stadtgerichts-Räthe und Stadtrichter, 1 erster Staatsanwalt, 15 Staatsanwälte und Staatsanwalts-Gehilfen, 142 Sekretäre, 1 Häuseradministrations-Inspektor, 79 Assistenten, 1 Gerichtskassen-Rendant, 5 Depositalkassen-Rendanten, 2 Depositalkassen-Buchhalter, 6 Kalkulatoren, 63 Kanzlisten, 2 Kastellane und 202 Boten und Exekutoren. Diese 695 Köpfe bilden die Zahl der etatsmäßig fest angestellten Beamten und beziehen zusammen an Besoldungen 1,765,490 M., was durchschnittlich pro Kopf ca. 2500 M. beträgt. Der niedrigste Gehalt eines Boten ist jedoch nur 960 M., während der höchste Gehalt, der des Präsidenten, 10,500 M. beträgt. Diesem etatsmäßigen Beamtenpersonal steht eine fast eben so große Zahl von Hilfsbeamten (Staatsanwalts-Gehilfen, Assessoren, Referendarien, Kanzleigehilfen und Hilfsboten) zur Seite. Trotz dieser großen Beamtenzahl und obgleich durch die neue Vormundschaftsordnung eine Verminderung des Richterpersonals in der betreffenden Abtheilung möglich gewesen ist, so hat doch eine Abnahme der Geschäfte, die dem einzelnen Richter obliegen, noch immer nicht stattgefunden. Insbesondere ist der Mangel an Richtern in den Abtheilungen für die wichtigeren Zivilprozesse noch immer ein so fühlbarer, daß die Termine nicht selten auf Monate hinaus angesetzt werden müssen. Die Gerichtskosten, welche am Berliner Stadtgericht jährlich eingehen, haben bereits die enorme Höhe von 4½ Millionen Mark erreicht.

Nach der von dem Reichs-Eisenbahn-Amt so eben veröffentlichten Nachweisung betrug die Gesammtlänge der deutschen Eisenbahnen (exkl. Bayern) Ende März 24,426 Kilom. Befördert wurden im März 10,912 Schnellzüge, 73,589 Personenzüge, 31,911 gemischte und 68,400 Güterzüge, außerdem 1184 Extra-Personen- und 26,833 Extra-Güterzüge. Es verspäteten sich 1684 Züge oder 1,47 Proz.

□ **Berlin**, 10. Mai. Bei der feierlichen Abschiedsaudienz, welche Se. Maj. der Kaiser vorgestern Nachmittag dem bisherigen türkischen Botschafter am hiesigen Hofe, Aristarchi-Bey, ertheilte, war der Staatssekretär v. Bülow als Vertreter des Auswärtigen Amtes zugegen. Aristarchi-Bey hat noch vorgestern das Botschaftshotel verlassen und eine Wohnung im Hotel „Kaiserhof" bezogen. Wie verlautet, verbleibt derselbe noch mehrere Tage in Berlin, begibt sich dann zu seiner Gemahlin nach Biebrich, verabschiedet sich in Koblenz von Ihrer Maj. der Kaiserin-Königin und reist darauf nach Konstantinopel. Die Rückkehr Ihrer Majestät aus England nach Koblenz steht den bisherigen Bestimmungen zufolge am 15. d. M. zu erwarten. — Der neuernannte türkische Botschafter, Edhem Pascha, dessen Ankunft in Berlin auf gestern Nachmittag 1½ Uhr angesetzt war, ist um diese Zeit hier nicht eingetroffen. Zwei Mitglieder der Botschaft, welche zur Begrüßung ihm bis zur Station Falkenberg entgegengefahren waren, kehrten aber mit dem betreffenden Zuge um 1½ Uhr hieher zurück. Deren Wiedereintreffen in Berlin gab auf dem von vielen Reisenden besetzten Bahnhofs-Perron Anlaß zu der auch von uns gebrachten irrthümlichen Meldung, daß der erwartete Botschafter angekommen sei. Auch bis heute früh war auf dem anhaltischen Bahnhofe die Ankunft Edhem-Pascha's noch nicht erfolgt. Ob derselbe inzwischen etwa auf einem anderen Wege nach Berlin gelangt sei, ist uns noch nicht bekannt.

Heute Morgen 8 Uhr 38 Minuten traf der k. k. österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Andrassy, mit mehreren höheren Beamten seines Ressorts aus Wien hier ein. Der Minister und seine Räthe wurden bei ihrer Ankunft auf dem anhaltischen Bahnhofe von dem k. k. österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Karolyi, und den Mitgliedern der Botschaft empfangen. Unter den zu ihrer Begrüßung Anwesenden befand sich auch der Militärbevollmächtigte Major Prinz von Liechtenstein. Den Grafen Andrassy erwartete auf dem Bahnhofe eine königl. Hofequipage, welche ihn dann mit dem Grafen Karolyi nach dem österreichisch-ungarischen Botschaftshotel führte. Die Herren seiner Begleitung, unter welchen die ständigen Referenten für die orientalischen und für die deutschen Angelegenheiten, Ministerialräthe Frhr. De Pont und v. Teschenberg, bemerkt wurden, fuhren nach dem Hotel Royal, um dort Wohnung zu nehmen. Graf Andrassy scheint sich von seiner Unpäßlichkeit wieder erholt zu haben. Wie verlautet, ist der Graf heute Mittag zu einem Besuch bei dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck erschienen.

Aus St. Petersburg hier eingegangenen Mittheilungen zufolge hat Se. Maj. der Kaiser von Rußland gestern Abend seine Reise nach Berlin angetreten. In der Begleitung Höchstdesselben befinden sich der Reichskanzler Fürst Gortschakow mit den Geh. Räthen v. Jonimi und v. Homburger vom Ministerium des Auswärtigen; der Minister des Kaiserl. Hofes, Graf v. Adlerberg; der General der Kavallerie Potapow, Chef der Gendarmerie und der 3. Abtheilung der kaiserl. Kanzlei; der Generaladjutant Rylejew, die Generale à la suite Wojeikow und Soltikow, der Leibarzt Dr. Karell und der diesseitige Militärbevollmächtigte am kaiserl. russischen Hofe, Generallieutenant und Generaladjutant v. Werder. Zusammen mit dem Grafen Andrassy wurde hier heute früh auch der kaiserl. russische Gesandte am kaiserl. österreichischen Hofe, Geh. Rath v. Novikow, aus Wien erwartet. Derselbe ist indessen mit dem betreffenden Zuge nicht angekommen. Seine Ankunft soll noch in Aussicht stehen. In weiten Kreisen gibt sich hier die Meinung kund, daß durch die Vorgänge in Salonichi die Lage der Türkei in diplomatischer Beziehung eine wesentlich ungünstigere geworden sei. — Gestern Vormittag hielten die vereinigten Bundesraths-Ausschüsse für das Land und die Festungen und für das Seewesen eine Sitzung.

H. **München**, 10. Mai. Der König begibt sich morgen zum Sommeraufenthalte nach Schloß Berg. Die Verlegung des k. Hoflagers eben dorthin findet am gleichen Tage statt.

Die klerikale „Augsburger Postzeitung" schreibt über die Auslassungen liberaler Blätter bezüglich der letzten Kammervorgänge: „Die Kammerdebatten und Beschlüsse über die Münchener Wahlen haben auf diverse „liberale" Blätter eine Wirkung geübt, als wären sie von der Tarantel gestochen worden. Und zur selbigen Zeit entstand großes Wehklagen in ganz Israel — über die bösen Ultramontanen: Die unschuldigsten Lämmer von der Welt, wie die Liberalen sind, haben sie kein Wässerlein getrübt; und dennoch diese Behandlung von Seite der Patrioten! Es ist entsetzlich — Gewaltthat, nichts als pure Gewaltthat, was diese „Meute" — Ausdruck der „N. Fr. Presse", leitenden Blattes des österreichischen Liberalismus, — mit ihrer winzigen Majorität angerichtet hat. „In die Luft sprengen" — zweite dem modernen Fortschritt entsprechende verbesserte Auflage jenes bekannten Wortes des Nürnberger Tribunen — das wäre nach Meinung des tapfern Hanswursten, der die „Allg. Ztg." bedient, schon am Samstag die Aufgabe des Fortschrittes gewesen; wofür auch lange warten mit der freilich sehr kurzlebigen Revanche? Das „Organ hervorragender liberaler Abgeordneter" führt uns gar nach Japan und wen's nicht schaudert, der findet in der „Südd. Presse" die „moralische Selbsthinrichtung der klerikalen Kammermehrheit" en détail beschrieben. Schade nur, daß diese „Selbsthinrichtung" nur auf dem Papier der „Südd. Presse" zu finden ist; drum kann das ehrenwerthe Organ der Hervorragenden just nicht des Sieges froh werden und wenn es gerade auch diesmal keinen Abgeordneten „stierköpfig in die Grube tölpeln" läßt, so gibt sich sein Mißmuth doch genügend kund."

In der am letzten Samstag stattgehabten Versammlung der Nürnberger Altkatholiken wurde bekannt gegeben, daß behufs Wiederbesetzung der fränkischen Pfarrstelle mit einem Geistlichen aus Baden Verhandlungen angeknüpft seien und daß sich derselbe in Bälde den fränkischen Altkatholiken vor-

stellen werde. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Cölibats-Frage und sprach sich für die Verwerflichkeit des Cölibats aus. Zum Delegirten für die nach Pfingsten stattfindende Synode wurde Rechtsanwalt Niedermaier gewählt.

In Reichenhall wurde am 7. d., Abends nach 8½ Uhr, ein nicht unbeträchtlicher Erdstoß wahrgenommen.

In Blieskastel fand am 7. d. eine Versammlung der pfälzischen Anwälte statt, in welcher die Beschlüsse der Reichs-Justizkommission bezüglich der Anwaltsordnung den Hauptgegenstand der Berathung bildeten.

Als die Pfarrgemeinde Bleiskirchen am 4. d. M. bei Gelegenheit einer Wallfahrt nach Altötting eine Eisenbahn-Brücke passirte, machten sich Einige der frommen Wallfahrer ein Vergnügen daraus, den Lokomotivführer und Heizer eines gerade vorbeifahrenden Güterzuges mit großen Steinen zu bombardiren. Untersuchung ist eingeleitet.

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 10. Mai. Der Woiwode Petrovic, der Präsident des montenegrinischen Senats, ist auf dem Wege nach Berlin; es erhellt noch nicht, ob der Fürst ihm eine Mission für die Konferenz gegeben oder ob die Konferenz eine Veranlassung gehabt, seine Anwesenheit zu wünschen. (?) Jedenfalls scheinen die Beziehungen zwischen Montenegro und der Pforte, trotz aller überschwenglichen Neutralitäts- und sogar Freundschaftsversicherungen auf's Aeußerste gespannt. Montenegro mag bloß defensive Rüstungen betreiben, aber seine Rüstungen sind Thatsache, und auch die Pforte ihrerseits mag sich aller aggressiven Akte enthalten wollen, aber sie umspannt Montenegro mehr und mehr mit so starker Truppenmacht, daß dieselbe auch für einen Offensivstoß vollständig ausreicht.

Zwei politische Momente hat der mehrtägige Aufenthalt des Königs von Griechenland geboten. Der König hat den an das Zimmer gefesselten Grafen Andrassy zu einer längeren Unterredung aufgesucht und der Kronprinz von Hannover hat seinerseits einen noch längeren Besuch bei dem Sohne des dänischen Königs abgestattet. Das diplomatische Corps hat auffallender Weise seine Aufwartung nicht gemacht.

Frankreich.

♁ **Paris**, 10. Mai. Die beiden Kammern haben heute in Versailles ihre Session eröffnet. Im Senat brachte Baron Lafond de Saint-Mur eine Interpellation an den Siegelbewahrer ein. Er wünscht denselben über eine Reihe von Justizreformen zu befragen, welche von der Erfahrung empfohlen und schon in der letzten Nationalversammlung berathen worden wären. Die Verhandlung über diese Interpellation wurde auf nächsten Montag angesetzt. Sonst beschäftigte sich der Senat nur mit der Ausloosung der Abtheilungen. Dasselbe that das Abgeordnetenhaus, in welchem sich vor Beginn der Sitzung ein eigenthümlicher Vorfall zutrug. Ein Individuum rief von einer Tribüne herab: Es lebe Jeanne d'Arc! Es lebe Napoleon IV! Nieder mit den Gambettisten! Der Mann wurde sogleich ergriffen und abgeführt. Es ist, wie sich auf der Polizei ergab, ein von fixen Ideen beherrschter Buchhändler von Versailles Namens Roustan, der schon zuvor unter Bekannten angekündigt hatte, daß er sich nicht scheuen werde, im Abgeordnetenhause selbst seine Ansichten laut zu erkennen zu geben.

Die „République française" spricht die Erwartung aus, daß die Berliner Konferenzen zu bestimmten, unzweideutigen Entschließungen führen und Europa das Vertrauen in den Fortbestand des Friedens wiedergeben werden. „Die Vergangenheit," sagt das Organ des Hrn. Gambetta, „ist uns Bürge für die Zukunft und wir halten den Fürsten Gortschakow für einen zu vollendeten Staatsmann, Hrn. v. Bismarck für einen zu soliden Kopf und den Grafen Andrassy für einen zu umsichtigen Minister, als daß wir glauben könnten, es sollte aus der Berliner Entrevue nichts Praktisches hervorgehen." Das „Journal des Debats" spricht die Hoffnung aus, daß die drei Nordmächte bei der Schlichtung der orientalischen Wirren „die allgemeinen Interessen Europa's" nicht aus dem Auge verlieren werden. Der Auflösungsprozeß in der Türkei habe seinen Gipfel erreicht; mit platonischen Mitteln, wie sie die Diplomatie bisher anwendete, sei nichts geholfen; man müsse gründlich zu Werke gehen oder lieber gar nichts thun.

Man hat die Existenz eines nordamerikanischen Konsuls in Salonichi anzweifeln wollen, weil ein solcher in dem Gothaer Kalender nicht aufgeführt ist. Die Verein. Staaten sind aber in der That durch einen Agenten in Salonichi vertreten: es ist dies, wie der „Temps" als zuverlässig erfährt, Hr. Perikles H. Lazarro, ein Grieche von Geburt, russischer Unterthan und griechisch-katholischen Glaubens.

Das „Journal officiel" veröffentlicht heute das Dekret, durch welches Hr. v. Chaudordy, der französische Botschafter in Madrid, angekündigtermaßen zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt wird. Dasselbe Dekret erhebt aber auch Hrn. J. Valfrey, Redakteur des „Moniteur universel", zum Offizier desselben Ordens. Das Zusammentreffen ist kein zufälliges; denn Hr. Valfrey ist seit Jahren der Leitjournalist des Hrn. v. Chaudordy, dem zu Ehren er auch seine sonst herzlich werthlose „Geschichte der Diplomatie der Regierung der nationalen Vertheidigung" geschrieben hat.

Zu den in der letzten Zeit wie Pilze aus der Erde schießenden radikalen Organen („Droits de l'Homme", „Corsaire", „Peuple", „Petite République") ist heute die „Avant-Garde" getreten, ein gleichzeitig mit der Bewältigung des Communeaufstandes unterdrücktes Blatt, welches jetzt von dem Lyoner Demokraten Ballue redigirt wird.

Gegen die „Droits des l'Homme" ist schon wieder ein Preßprozeß eingeleitet. Sie hatten, wie wir neulich gemeldet, eine Zuschrift des ehemaligen Communemitglieds Adolph Clémence aufgenommen; der Staatsanwalt erblickt hierin das Vergehen „der Veröffentlichung eines Artikels, welcher von einer Person gezeichnet ist, der ihre bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aberkannt worden sind". Der Brief des Hrn. Clémente betraf die Entsendung von Arbeitern zur Welt-Ausstellung von Philadelphia.

♁ **Paris**, 10. Mai. Der Budgetausschuß verhandelte gestern unter dem Vorsitz des Hrn. Gambetta über den bekannten Antrag des Hrn. Tirard auf Streichung des Botschafterpostens beim Vatikan, mit welchem ein Gehalt von 110,000 Fr. verbunden ist. Der Minister des Aeußern, Herzog Decazes, bracht gegen dieses Amendement noch einmal die Gründe vor, die er schon in der Subkommission geltend gemacht hat. Er wies besonders auf das bevorstehende Conclave hin, auf welchem Frankreich ein Interesse haben könnte, Rechte auszuüben, die ihm von Alters her bei solchen Anlässen zustehen. Italien selbst wünsche nicht die Einstellung der französischen Botschaft beim heil. Stuhl. Da sich der Minister gelegentlich auch die Andeutung entschlüpfen ließ, daß der Einfluß des dermaligen Botschafters, Hrn. v. Corcelles, auf die im Vatikan herrschenden ultramontanen und im höchsten Grade antigallikanischen Tendenzen Manches zu wünschen lassen mag, so knüpfte Hr. Tirard an diese Bemerkung an und meinte, ein Botschafter, der keinen Einfluß besitze, sei auf alle Fälle überflüssig, und es wäre viel vernünftiger, den Gesandten am italienischen Hofe zum Rang eines Botschafters zu erheben. Der Herzog Decazes replizirte, er sei wohl nicht recht verstanden worden: er habe nicht sagen wollen, daß Hr. v. Corcelles keinen Einfluß besitze, sondern daß die Stellung eines Botschafters beim heil. Stuhle überhaupt eine sehr schwierige und delikate sei; das wäre aber nur ein Grund mehr, den Posten aufrecht zu erhalten. Was die Erhebung der Gesandtschaft beim Quirinal zum Range einer Botschaft betreffe, so sei dies bisher offiziell noch nicht verlangt worden; wahrscheinlich würden aber demnächst Verhandlungen darüber eingeleitet werden, gleichzeitig die französische Gesandtschaft beim König Victor Emanuel und die italienische Gesandtschaft in Paris zum Range von Botschaften zu erheben. Nach diesen Erklärungen zog sich der Minister des Aeußern zurück, und die Debatte über den Tirard'schen Antrag wurde eröffnet. Hr. Tirard selbst erklärt, er wolle, wenn der Ausschuß seinen Antrag verwerfe, nicht auf einer öffentlichen Debatte über denselben bestehen. Hr. Raoul Duval bestreitet nicht die prinzipielle Berechtigung des Amendements, hält dasselbe aber für verfrüht, da der Augenblick noch nicht gekommen sei, eine solche Frage vor den Kammern und dem Lande zu erörtern. Hr. Bardoux schließt sich diesen Bemerkungen an. Hr. Antonin Proust: Wenn wir beim Vatikan keine anderen Interessen hätten, als kirchliche, würde ich ohne Bedenken dem Antrag des Hrn. Tirard beipflichten, zumal diese Interessen schon durch einen besonderen Vertreter, einen von der französischen Regierung beglaubigten Uditore di Rota gepflegt werden. Aber wir haben im Vatikan auch politische Interessen. Von der Eventualität eines nahen Conclaves abgesehen, gehört zu diesen Interessen auch die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Italien. Es ist Sache Italiens, dem Papste das Recht auf diplomatischen Verkehr streitig zu machen. Im Jahre 1861 hat Italien nicht ermangelt, bei den Mächten darauf zu dringen, daß sie für den vertriebenen König von Neapel keine diplomatische Vertretung mehr zuließen; dagegen kann man sagen, daß Italien selbst eher wünsche, den diplomatischen Verkehr der Mächte mit dem Vatikan fortdauern zu sehen. Wenn nun, wie Alles darauf hinzudeuten scheint, unser Botschafter, Hr. v. Corcelles, eher der Vertreter des Vatikans bei der französischen Regierung, als der französischen Regierung beim Vatikan ist, wenn er, wie der Herr Minister uns so eben zu verstehen gab, beim heil. Vater nicht den wünschenswerthen Einfluß ausübt, so läge es am nächsten, diesen Diplomaten durch einen anderen zu ersetzen. Hr. Albert Grévy glaubt, daß ein Akt, wie der in dem Amendement vorgeschlagene, nicht in dem Augenblik vor sich gehen könne, da die junge Republik noch mit mancher Schwierigkeit und manchem Vorurtheil zu kämpfen hätte. Hr. Floquet ist im Gegentheil mit dem Amendement durchaus einverstanden. Es scheint mir, sagt er, kindisch, darüber zu rechten, ob wir einen Einfluß beim Vatikan haben oder nicht; das kann uns für das Conclave eben so gleichgiltig sein, wie für alle anderen Zeiten. Damit wurde die Debatte geschlossen. Das Amendement des Hrn. Tirard wurde mit 17 gegen 7 Stimmen verworfen und hierauf von Hrn. Tirard selbst zurückgezogen.

Großbritannien.

⁂ **London**, 9. Mai. Hr. Brand, der Präsident des Oranje Freistaates, der nach England gekommen ist, um wegen der südafrikanischen Diamantenfelder mit der Regierung zu unterhandeln, hatte gestern eine Audienz bei der Königin. Die Monarchin empfing auch den neuernannten italienischen Botschafter, General Menabrea, und den Gesandten von Guatemala, General Negretti, welche ihre Beglaubigungsschreiben überreichten.

Die Deutsche Kaiserin kam gestern von Windsor in die Stadt und begab sich in Begleitung des deutschen Botschafters und der Herren und Damen ihres Gefolges nach Dalston (Nord-London), um das deutsche Krankenhaus zu besuchen und die im Bau begriffene deutsche Kirche neben dem Krankenhaus zu besichtigen. Die Kaiserin, welche vom Baron v. Schröder, Dr. Walbaum und mehreren Direktionsmitgliedern und Bediensteten der Anstalt begrüßt und durch die Krankensäle geführt wurde, hatte freundliche Worte für beinahe alle Patienten — das Krankenhaus zählt über hundert Betten, von denen selten eines leer steht — äußerte sich beifällig über die Einrichtungen des Hauses und gab 100 Pf. St. für den Fonds der Anstalt. Die Eingangshalle des Gebäudes ward anläßlich des hohen Besuches mit Blumengewinden verziert und die Matrone überreichte der Kaiserin beim Abschied ein prächtiges Bouquet. — Von Dalston fuhr die Kaiserin zur deutschen Botschaft, nahm dort ein Frühstück ein und kehrte hierauf nach Windsor zurück. Lord Derby und seine Gemahlin, Graf Gleichen und Viscount Torrington hatten in der deutschen Botschaft Audienz bei der Kaiserin.

Morgen Vormittag wird die Königin von Windsor nach London kommen und bis Samstag im Buckingham Pallaste verweilen. Dem Vernehmen nach wird die Deutsche Kaiserin zur gleichen Zeit wie die Königin von Windsor abreisen. Hoffeste und die Ankunft des Prinzen von Wales stehen während dieser Tage bevor.

Die Sitzungen des parlamentarischen Sonderausschusses zur Untersuchung über das Fallen der Silberpreise sind ihrem Abschluß nahe. Gestern wurden die letzten Sachverständigen vernommen, früher gemachte Angaben in einigen minder wesentlichen Punkten bewilligt und dann schritten die Ausschußmitglieder zur Berathung über den zu erlassenden Bericht. Hr. Walter Bagebot, der Redakteur des „Economist", gab in der letzten Sitzung des Ausschusses sein Gutachten über die vielbesprochene Frage ab und bezeichnete die der Silberproduktion, die Entmünzung des Silbers in Deutschland, die größeren Sendungen an indischen Wechseln und die Beschränkung der Silberausprägung in den Staaten der lakeinischen Union als die vier großen Ursachen der Entwerthung des Silbers. Wären sie nicht eingetreten, so würde alles auf dem Londoner Markt zum Verkauf gebotene Silber von den angeführten Ländern aufgenommen und Gold zu einem ansehnlichen Betrage frei geworden sein. Weiteres Fallen des Silberwerthes würde nach der Meinung Hrn. Bagebot's nachtheiligen Einfluß auf die indischen Staatseinnahmen ausüben, da ein großer Theil der Einkünfte auf der Bodensteuer beruht, die in Rupien zahlbar ist.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 10. Mai. 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey. (Vgl. Bericht im Hauptblatt Nr. 112.)

Abg. Fieser erstattet Bericht über das Gesuch der Altkatholiken-Gemeinschaft in Mannheim um Gewährung der Unterstützung der Zweiten Kammer zur Erlangung der staatlichen Anerkennung. Hiernach zählt die altkatholische Gemeinschaft in Mannheim 310 Mitglieder, für deren Pastoration auf einige Jahre genügende Mittel gesichert sind. Ein früheres Gesuch um staatliche Anerkennung wurde bei Großh. Ministerium des Innern, bezhw. Großh. Staatsministerium abschlägig beschieden und die Abweisung damit begründet, daß die Zahl von 310 im Verhältniß zur Zahl der Mitglieder der übrigen katholischen Gemeinde nicht als erheblich in Sinne des Art. 3 des Altkatholiken-Gesetzes angesehen werden könne. Demgegenüber ist die Kommission in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß die Zahl von 310 schon als an und für sich erheblich auch im Verhältniß zu der überwiegenden Zahl der Mitglieder der römisch-katholischen Gemeinde als erheblich gelte und wird daher der Antrag gestellt, das Gesuch der Altkatholiken-Gemeinschaft an Großh. Regierung zur geeigneten Berücksichtigung empfehlend zu überweisen.

Staatsminister Dr. Jolly hält den Antrag der Kommission für zu weit gehend und würde es für richtiger gehalten haben, lediglich Ueberweisung zur Kenntnißnahme zu beantragen. Auch dann würde es die Regierung für ihre Pflicht halten, die Sache auf's Neue einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Anläßlich der vorliegenden Petition sei das statistische Bureau veranlaßt worden, die in Betracht kommenden Verhältnisse auf Grund der letzten Volkszählung festzustellen. Darnach seien in Mannheim 6170 selbständige Männer (über 21 Jahre alt); darunter nach der Petition 310 Altkatholiken oder 5,02 Proz. Die Zahl der altkatholischen Familienhäupter gegenüber der der übrigen betrage 5,04 Proz.; das Verhältniß der altkatholischen Bevölkerung zu der übrigen 3,67 Proz., das der schulpflichtigen Kinder (unter 14 Jahren) etwa 3,84 Proz. Die Verhältnißzahlen bewegen sich also zwischen 3,67 und 5,04 Proz., was dem 20.—27. Theile der Katholiken entspreche, wie auch in der Ministerialentscheidung angenommen worden. Die Petitionskommission mache gegenüber diesem sehr ungünstigen Zahlenverhältniß zu Gunsten der Altkatholiken geltend, letztere gehörten so gut wie ausschließlich der seßhaften Bevölkerung an, während unter den vatikanischen Katholiken die in Mannheim sehr große fluktuirende Bevölkerung sehr stark vertreten sei. Abgesehen davon, daß die erste Behauptung einstweilen noch nicht konstatirt sei, seien bei den vom Redner angegebenen Verhältnißzahlen nur diejenigen Katholiken berücksichtigt, die als im Sinne des Altkatholiken-Gesetzes dort wohnhaft zu betrachten seien. Die auffallend kleine Gesammtzahl der Altkatholiken (750) gegen die selbständigen Männer (310) und der schulpflichtigen Kinder (etwa 100) gegen die Familienhäupter (200) zeige, daß zu den Altkatholiken, sollten sie auch alle seßhaft sein, jedenfalls unverhältnißmäßig viele einzeln stehende Männer gehören. Nach allem Dem könne die Zahl der Mannheimer Altkatholiken im Verhältniß zu den dortigen Katholiken nicht als erheblich gelten. Die Anschauung des Berichts, eine an sich erhebliche Zahl sei auch verhältnißmäßig erheblich, sei an und für sich unrichtig und gegenüber dem Gesetz, das ausdrücklich eine im Verhältniß zur Gesammtzahl erhebliche Zahl fordere, jedenfalls unhaltbar. Uebrigens fehle der Frage wenigstens zur Zeit eine weitgehende praktische Bedeutung. Die Altkatholiken haben durch die Munifizenz Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs eine für ihre Bedürfnisse ausreichende Kirche zur Benützung; die in Mannheim bestehenden Benefizien seien besetzt und daher für die Altkatholiken ohnehin keine Aussicht auf Einweisung. Redner bittet daher, das Gesuch der Großh. Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abg. Hufschmid führt aus, daß dem Gesuche der Petenten um staatliche Anerkennung weder rechtliche noch faktische Gründe entgegenstehen, denn nach dem Wortlaut des Gesetzes müsse die Regierung selbst bei einer unerheblichen Anzahl die Genehmigung nicht verweigern; sie könne die Anerkennung nach Umständen auch einer weniger erheblichen Anzahl gewähren und den Verhältnissen des einzelnen Falles

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Rechnung tragen. Auf die staatliche Anerkennung werde aber in Mannheim großes Gewicht gelegt; sobald dieselbe ertheilt sei, werde die Zahl der Altkatholiken zunehmen, da Viele einstweilen der Sache mißtrauten, da sie annehmen, der Staat hege selbst Mißtrauen oder wünsche die Sache nicht. Die Zahlenverhältnisse können bei der stark fluktuirenden Bevölkerung Mannheims nicht den Ausschlag geben. Redner sei überzeugt, daß unter den bisher zu der römisch-katholischen Bevölkerung gezählten Leuten Viele nicht an die päpstliche Unfehlbarkeit glauben. Die Zahl der Altkatholiken müsse aber schon deßhalb als erheblich betrachtet werden, weil sich unter denselben Viele der angesehensten Männer befinden. Redner befürwortet daher den Kommissionsantrag.

Abg. Junghanns erklärt sich aus formellen Gründen gegen denselben. Die empfehlende Ueberweisung wäre etwa berechtigt, wo es sich um Verletzung verfassungsmäßiger Rechte handle; hier aber würde sich der Ausspruch der Kammer gegenüber der bereits durch die Verwaltungsbehörde in letzter Instanz gegebenen Entscheidung gleichsam als Ausspruch einer weitern Verwaltungsinstanz darstellen. Uebrigens habe die Partei des Redners keine Veranlassung, die Regierung zu unterstützen, und müsse es daher der national-liberalen Partei überlassen, die Regierung abermals in der Minderheit zu lassen.

Abg. Schmidt führt aus, daß es ihm schon bei Ausarbeitung des Entwurfs des Altkatholiken-Gesetzes bewußt gewesen sei, daß die Ausführung des Grundsatzes, daß die Zahl der Altkatholiken maßgebend sei, Schwierigkeiten bereiten werde. Nachdem die Großh. Regierung ausgesprochen, daß den vatikanischen Dekreten in bürgerlicher und politischer Beziehung eine Bedeutung nicht beikomme, wäre es folgerichtig gewesen, daß sich die vatikanischen Katholiken hätten neu konstituiren müssen. Nachdem aber einmal das Altkatholiken-Gesetz erlassen worden, müssen dessen Grundsätze maßgebend sein. Was nun die Verhältnisse in Mannheim betreffe, so liegen die Voraussetzungen dieses Gesetzes zur staatlichen Anerkennung vor, wie bereits Abg. Huffschmid dargethan habe. Redner weist sodann nach, daß der Mitgebrauch der Kirchen durch Altkatholiken die Benützung durch die vatikanischen Katholiken nicht ausschließe. Der Abg. Lindau habe kürzlich behauptet, die höchste kirchliche Autorität habe sich in entgegengesetztem Sinne ausgesprochen; dies sei nicht richtig; nicht der Papst, sondern der päpstliche Nuntius in München habe eine entsprechende Weisung an die bayrischen Bischöfe erlassen. Redner verliest die betreffende Kundgebung und führt weiter aus, daß nach kanonischem Recht die Fälle der Entweihung der Kirchen nur beschränkt gewesen seien und sich nicht auf die Benützung der Kirchen durch Andersgläubige erstreckt haben.

Abg. v. Feder hält den formellen Einwand des Abg. Junghanns für so unbegründet als nur möglich. Das Haus sei in seinen Entschließungen an die vom Abg. Junghanns aufgestellten Formen nicht gebunden. In der Sache stimmt Redner dem Kommissionsantrag bei, wenn auch aus andern Gründen als der Abg. Huffschmid. Redner glaube vielmehr, daß gerade das Verbot des Altkatholizismus durch die Regierung in Mannheim massenhaften Beitritt bewirken würde. (Heiterkeit.) Erhebliche Mißstände haben sich allerdings bis jetzt nicht gezeigt; doch möge die Regierung im Interesse des Friedens nachgeben, die Petenten würden doch immer wieder kommen.

Abg. Lender will nur konstatiren, daß von Seite seiner Partei die Bereitwilligkeit der Regierung, den Altkatholiken entgegenzukommen, nicht bezweifelt werde, und führt an, daß nach ihm gemachten Mittheilungen vielfach die Ansicht herrsche, daß die Regierung an andern Orten bei unbedeutender Zahl der Altkatholiken denselben die staatliche Anerkennung ertheilt habe. Redner wendet sich sodann gegen die Interpretation des Wortes „erheblich" durch den Abgg. Huffschmid und bekämpft die von dem Abg. Schmidt aus der Kundgebung des päpstlichen Nuntius in München gezogenen Folgerungen.

Abg. Bär widerlegt die Ausführung des Abg. Junghanns, die sich als eine beschränkende Auffassung des Petitionsrechts darstelle. Es handle sich hier weder um eine Beschwerde noch um eine Einmischung der Kammer in die staatliche Administration, noch um eine Ausübung verfassungsmäßiger Rechte, sondern lediglich darum, daß die Kammer ihre Ansicht über eine streitige Auslegung eines Gesetzes ausspreche, und in dieser Beziehung habe Redner insbesondere im Hinblick auf die Schulgesetzgebung und die große Zahl der altkatholischen Schulkinder in Mannheim sich entschlossen, dem Kommissionsantrag beizutreten.

Abg. Edelmann erklärt sich gegen den Kommissionsantrag. Es liege für die Altkatholiken Mannheims ein Bedürfniß der staatlichen Anerkennung nicht vor, da sie eine eigene Kirche zur Benützung überwiesen erhielten und aus ihren eigenen Mitteln für die Pastoration sorgen könnten. Aber man wolle sich nur in den Mitgenuß des Kirchenvermögens setzen, den Zankapfel in die Gemeinde werfen und durch die Mitbenützung der Kirche den übrigen Katholiken deren Gebrauch unmöglich machen; denn das katholische Volk lasse sich nicht von der Anschauung abbringen, daß der Gebrauch der Kirchen durch Altkatholiken ein Sakrileg enthalte.

Abg. v. Blittersdorff hält die Petition der Mannheimer Altkatholiken-Gemeinschaft für begründet und gibt bei dieser Gelegenheit eine Darstellung der Verhältnisse in Karlsruhe, wo die staatliche Anerkennung bis jetzt nicht nachgesucht worden sei. Redner bittet um seinerzeitige Berücksichtigung des betreffenden Gesuchs.

Abg. Schneider tritt den Behauptungen des Abg. Edelmann entgegen. In Mannheim herrsche bei der Bevölkerung ein viel zu gesunder Sinn, als daß konfessioneller Hader Platz greifen könne. Es handle sich bei den Altkatholiken weder um die Mitbenützung einer Kirche, von denen es übrigens 4 katholische gebe, noch um Genuß am Kirchenvermögen, denn die Altkatholiken haben bereits eine Kirche zur Benützung und können die Mittel zur Bestreitung ihrer kirchlichen Bedürfnisse sehr gut selbst aufbringen. Wohl aber handle es sich um eine andere wichtige und wohlberechtigte Folge der staatlichen Anerkennung, nämlich um die Vertretung im Orts-Schulrath und in der Armenkommission. Was die Erheblichkeit der Anzahl der Altkatholiken betreffe, so sei diese nicht nur an und für sich in der Zahl, sondern auch deßhalb vorhanden, weil sich in der altkatholischen Gemeinschaft viele der angesehensten Leute befinden.

Da ein Schlußantrag angenommen wird, erhält nur noch der Berichterstatter

Abg. Fieser das Wort. Derselbe wendet sich zunächst gegen die Aeußerungen des Abg. Edelmann; es seien dies Verdächtigungen, von deren völliger Grundlosigkeit sich derselbe, wenn es ihm darum zu thun gewesen wäre, sehr leicht hätte überzeugen können, und die deßhalb als Unwahrheiten bezeichnet werden müssen. Redner bekämpft sodann die formelle Einwendung des Abg. Junghanns und vertheidigt gegenüber den Ausführungen des Hrn. Staatsministers die Ansicht der Kommission bezüglich der Erheblichkeit der Anzahl der Altkatholiken. Was die praktische Bedeutung des Gesuchs betreffe, so sei es denselben hauptsächlich um die Sicherung des Rechtsanspruchs zu thun, da ja die durch die Gnade des Großherzogs gewährte Benützung der Schloßkirche möglicher Weise einmal aufhören werde. Redner empfiehlt daher nochmals den Kommissionsantrag.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Abgg. Lender, Huffschmid, Junghanns und Bär wird, wie bereits im Vorbericht mitgetheilt, der Kommissionsantrag vom Hause genehmigt.

Badische Chronik.

± Bretten, 9. Mai. Ende des vorigen Monats ging das auf Flehinger Gemarkung gelegene, 735 Morgen umfassende Gut des Grafen Max Werner von Wolff Metternich zu Gracht bei Lieblar in Rheinpreußen um die Summe von 550,000 Mark (abzüglich 1 Proz. Rabatt) an die betreffende Gemeinde über. Durch das Zustandekommen dieses Kaufgeschäfts ist eine Angelegenheit zum endlichen und für Flehingen glücklichen Austrag gebracht worden, welche schon lange eine „brennende" gewesen ist und von deren Erledigung manches wichtige Interesse der Gemeinde abhing.

†† Mannheim, 10. Mai. Die Gründer der hiesigen Töchterschule sind auf den 17. d. M. zu einer Generalversammlung eingeladen, in welcher über Feststellung eines ständigen Schulfonds und entsprechende Revision der Satzungen Beschluß gefaßt werden soll. Die Begründung eines Schulfonds bildet die Voraussetzung zu der schon lange gewünschten Uebernahme der Anstalt durch den Staat, welche insbesondere eine Lebensfrage bezüglich der Erhaltung des Lehrkörpers ist.

† Freiburg, 11. Mai. Vorgestern fand hier eine Versammlung des Evang. Predigervereins statt, auf welcher Hofprediger Helbing von Karlsruhe einen eben so eingehenden als überzeugenden Vortrag über das badische Perikopensystem d. h. über die Ordnung der sonn- und festtäglichen Predigttexte hielt. Die von Stadtpfarrer Längin eröffnete und von Dekan Helbing präsidirte Versammlung, an der einige dreißig Geistliche des Oberlandes und Mittellandes Theil nahmen, zeigt sich mit dem Inhalt des vortrefflichen Vortrages ganz und gar einverstanden, so daß die Debatte kaum einige neue Gesichtspunkte aufzufinden vermochte. Das Ziel des Vortrages geht auf eine Umarbeitung unseres Perikopensystems für vier Jahrgänge mit dem Beisatz, daß jederzeit aus persönlichen und lokalen Gründen im einzelnen Fall die Freiwahl des Textes dem Geistlichen müsse überlassen bleiben. Die Versammlung, welcher von Karlsruhe außer dem Redner die HH. Schellenberg, Zittel, Längin, Brückner und Trautz anwohnten, verlief zu hoher Befriedigung aller Anwesenden und darf unter die geglücktesten Bezirksversammlungen des wissenschaftlichen Predigervereins gerechnet werden. Der Vortrag selbst wird in den nächsten Tagen in den „Studien der badischen Geistlichen" erscheinen.

Vermischte Nachrichten.

H. München, 9. Mai. Ein hiesiges Blatt schreibt: „Dem katholischen Volksverein begegnete in seiner am vorigen Donnerstag abgehaltenen Versammlung in der „Neuen Welt" ein eigenthümliches Mißgeschick. Nachdem man nämlich über die Art berathen hatte, wie man den gegen Ende dieses Monats aus dem Nürnberger Zellengefängniß zurückkehrenden ersten Vorstand des Vereins, Hrn. Dr. Sigl, gebührend empfange, und nachdem zu diesem Behufe 46 Mark 87 Pfennige beigesteuert worden waren, wurde diese Geldsumme mitten in der Versammlung — gestohlen. Der zweite Vorstand des katholischen Volksvereins sah sich veranlaßt, der Polizei Anzeige von dem Vorfalle zu machen.

—k. Karlsruhe, 10. Mai. An Stelle der von Zeit zu Zeit immer wiederkehrenden Zwischenakts-Musikstücke wurden in zwei letzter Zeit stattgehabten Schauspiel-Aufführungen unter Direktion der betreffenden Komponisten zwei Märsche für Orchester eingeschoben, die uns einer öffentlichen Erwähnung werth scheinen. Der erste — Festmarsch von dem hiesigen Hofmusikus J. Glück — besitzt gesunde, frische Melodien und macht einen sehr belebenden Eindruck. Es spricht sich Talent und nicht gewöhnliches musikalisches Geschick in ihm aus. Die Instrumentation ist sehr effektvoll, mit Posaunen, Tuba ꝛc. nur fast zu verschwenderisch. Dem gediegenen Mitgliede des Hoforchesters sei aufmunterndes kräftiges Lob gespendet. — Die zweite — Triumphmarsch 1870 betitelte — Komposition rührt von dem nicht unbekannten Tonkünstler Anton Wallerstein her. Soweit ihm innerhalb des Marschrahmens die Möglichkeit geschaffen war, wollte der Komponist folgende Momente ausdrücken: Aufruf, Abschied, Abmarsch, Grüße an die Heimath, Kampf, Sieg. Der Schwerpunkt des Werthes liegt in der Instrumentation, welche sehr farbenfrisch gehalten ist und recht glänzende Wirkung hervorbringt.

Nachschrift.

† **Berlin**, 11. Mai. Der Staatsgerichtshof vertagte den Landesverraths-Prozeß gegen Graf Arnim nach einstündiger Berathung auf ein von dem Angeklagten eingegangenes Prorogationsgesuch bis zum 5. Oktober. Hr. Thiers, Graf Hompesch und Graf Bassenheim sollen als Entlastungszeugen vorgeladen werden. Abgelehnt wurde von Seiten des Gerichtshofs die Vernehmung Fürst Bismarck's und die Vorlegung neuer Urkunden des Auswärtigen Amtes.

† **Pesth**, 10. Mai. Die liberale Partei sprach sich in einer heute stattgehabten Konferenz mit 181 gegen 69 Stimmen für den Standpunkt aus, welchen die Regierung nach der von Tisza gegebenen Darlegung bezüglich des Ausgleichs eingenommen hat und nachdem die Minister wiederholt betont hatten, daß die Regierung Klarheit haben müsse. Nach der Abstimmung meldete Czernatony seinen Austritt aus dem Klub an.

† **Rom**, 10. Mai. Von den neun Abtheilungen der Kammer wählten sieben ihre Kommissäre, fünf mit dem Mandate, die Basler Konvention abzulehnen, zwei dieselbe anzunehmen.

† **Bukarest**, 10. Mai. Das abgetretene Kabinet Floresco hat der Kammer noch die Handelskonvention mit Rußland vorgelegt. Im neuen Ministerium übernimmt Bernescu das Portefeuille des Innern, Chitzu das des Kultus.

† **Philadelphia**, 10. Mai. Die Welt-Ausstellung ist heute von dem Präsidenten Grant eröffnet worden. Anwesend waren der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien, die Minister, die Mitglieder des Kongresses, die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden, im Ganzen etwa 50,000 Zuschauer. In der Eröffnungsrede betonte Grant, daß die fremden Nationen eingeladen worden, um Zeugniß abzulegen von dem aufrichtigen Wunsche Amerika's, die Freundschaft zwischen den Gliedern der großen Familie der Nationen zu pflegen. Grant dankte, daß die Nationen dem Wunsche Amerika's bereitwilligst entsprochen haben, und hieß dieselben herzlichst willkommen. Ein Musikcorps spielte verschiedene Volkshymnen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 11. Mai, die übrigen vom 10. Mai.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	104⅜	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	—
Baden 5% Obligationen	104¾	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	93⅞
„ 4½% „	101⅜	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 4% „	94⅞	£ à 12.	—
„ 3½% Oblig. v. 1842	94	„ 5% do. von 1871	98½
Bayern 4½% Obligationen	100½	„ do. von 1872	—
„ 4% „	93¼	Schweden 4½% do. i. Thlr.	97½
Württemberg 5% Obligat.	104¼	Schweiz 4½% Bern Stisobl.	98¼
„ 4½% „	101¼	N.-Amerika 6% Bonds	
„ 4% „	93⅞	1882r von 1862	—
Nassau 4% Obligationen	97	„ 6% dto. 1885r	
Gr. Hessen 4% Obligation.	96¼	von 1865	101⅛
Oesterr. 5% Silberrente		„ 5% dto. 1905r	
Zins 4½%	59⅝	(10/40r v. 1864)	102⅛
„ 5% Papierrente		3% Spanische	12⅝
Zins 4½%	56½	Volle französ. Rente	—

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	156⅝	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	63¾
Badische Bank	102	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	74
Deutsche Vereinsbank	67¾	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	74⅞
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	74
Darmstädter Bank	102¾	5% dto. steuerfr. neue „	71¼
Oesterr. Nationalbank	722	5% do. (Neumarkt-Ried)	70⅞
Württemberg. Vereinsbank	108⅝	5% Donau-Dran	49⅞
Oesterr. Kredit-Aktien	118	5% Frz.-Jos.-Prior.	78¾
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	67½
Rheinische Kreditbank	90⅞	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	—
Basler Bankverein	84⅝	5% östr. Nordwestb.-P. i. S.	74¼
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	59
Berliner Bankverein	81⅜	Vorarlberger	60⅛
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	52⅛
Deutsche Effektenbank	102	5% Ungar. Nordostb. Prior.	55½
Oesterr.-deutsche Bank	90½	5% Ungar. Galiz.	54⅞
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	114¼	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	76¼
4% Hessische Ludwigsbahn	99⅞	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	46⅝
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	72¾	5% österr. Staatsb.-Pr.	95½
5% österr. Frz. Staatsbahn	225¼	3% österr. Staatsb.-Pr.	62⅞
5% „ Süd-Lombarden	69	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D,	40¾
5% „ Nordwestb.-A.	110	5% Rheinische Hypotheken-	
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	124½	bank-Pfandbriefe	101¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	98½	4½% „	96¾
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	148½	6% Pacific Central	91¼
5% Franz Josef-Eisenbahn	—	6% South Missouri	53
Galizier	164½		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	109⅛	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	98
Bayr. 4% Prämien-Anl.	120¾	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	101¼
Badische 4% dto.	118¼	„ 100-fl.-Loose v. 1864	—.—
„ 35-fl.-Loose	136.—	Ungar. Staatsloose 100 fl.	152.—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	81.80	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	71¾
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	—.—	Schwedische 10-Thlr.-Loose	—.—
„ „ 25-fl.- „	150.40	Finnländer 10-Thlr.-Loose	39.60
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	—.—	Meininger 7-fl.-Loose	19.10
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	203.90	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 4%	80.90	Ducaten . . . „	9.50—55
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	169.10	20-Francs-St. . „	16.17—21
		Engl. Sovereigns „	20.30—35
Disconto . . f.S. 4 %		Russische Imperial „	16.63—68
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Dollars in Gold „	4.16—19
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollarcoupon „	—

Tendenz: fest.

Berliner Börse. 11. Mai. Kreditaktien 237.—, Staatsbahn 449.50, Lombarden 151.—, Disc. Commandit 113.—, Reichsbank 157.20. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 11. Mai. Kreditaktien 139.80, Lombarden 87.—, Staatsbahn —.—, Anglobank 68.—, Unionbank 57.50, Napoleonsd'or 9.55. Tendenz: fest.

New-York, 11. Mai. Gold (Schlußkurs) 112¼.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Freitag, 12. Mai. 2. Quartal. 66. Abonnementsvorstellung. **III. Abtheilung.** Zum ersten Mal: **Citronen**, Schwank in 3 Akten, von Julius Rosen. Anfang ½7 Uhr.

B.426. Um Meister in der Angelfischerei zu werden:

Baron von Ehrenkreutz,

Das Ganze der Angelfischerei.

1) Fische aus der Ferne herbeizulocken, 2) Von der Laichzeit, 3) Von dem natürlichen u. künstlichen Köder, Lockspeise, Witterung, 4) Angelgeräthschaften und Reusen, 5) Die verschiedenen Fischarten, 6) Der belustigende Krebsfang. Zehnte Aufl. 2 M. 50 Pf.

Wegen seines praktischen Inhalts hat eine zehnte Auflage gedruckt werden müssen.

Vorräthig in der **G. Braun**schen Hofbuchhandlung und **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung in **Karlsruhe.**

Militaria.

B.682. In unserem Verlage sind so eben erschienen und zu haben in den Hofbuchhandlungen von **A. Bielefeld** u. **G. Braun** in **Karlsruhe:**

Tellenbach, Oberst-Lieut. im Kriegs-Minist. u. Vorsteher der Geh. Kr.-Kanzlei.

— **Das Preußische Bataillons-Exerzieren.** Für das unmittelbare praktische Bedürfniß dargestellt und durch Zeichnungen erläutert. **3. Auflage.** 12½ Bog. gr. 8. geh. 3,50 M.

— **Die Taktik und die Ausbildungs-Methode des Preußischen Exerzir-Reglements** für die Infanterie oder die maßgebenden Vorschriften über Verwendung und Ausbildung der Infanterie nach den Anforderungen des heutigen Gefechts. Für die Praxis dargestellt und erläutert. 2 Theile.

Erster Theil: **Die Taktik** des Preußischen Exerzir-Reglements für die Infanterie oder das Gefecht der Infanterie nach den reglementarischen Vorschriften. **2. Auflage.** 8¼ Bogen. gr. 8. geh. 2,25 M.

Zweiter Theil: **Die Ausbildungs-Methode** des Preußischen Exerzir-Reglements für die Infanterie oder das Exerziren der Infanterie als unmittelbare Vorbereitung für die kriegerische Verwendung. Unter Berücksichtigung der Abänderungen des Exerzir-Reglements vom 8 Juli 1875 für die Praxis dargestellt und erläutert. 15½ Bog. gr. 8. geh. 3,60 M.

Berlin, April 1876.

Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei.
(R. v. Decker.)

B.517.2. Müllheim in Baden.

Markgräfler-Weinversteigerung.

Frau Blankenhorn-Löffler Wittwe, Frau Blankenhorn-Blankenhorn Wittwe, und Herr Dr. Adolf Blankenhorn aus Müllheim lassen

Montag den 15. Mai d. J.,
(Tag des Weinmarkts in Müllheim)
Nachmittags 2 Uhr,

im Hause des Letztern nachstehende **Markgräfler Weine** öffentlich versteigern:

86	H.L.	vom Jahrgang	1802,
64	„	„ „	1822,
62	„	„ „	1834,
163	„	„ „	1862 u. 1865,
253	„	„ „	1868,
321	„	„ „	1870,
130	„	„ „	1872,
505	„	„ „	1873,
447	„	„ „	1874 zus.

2031 Hektoliter.

Proben werden auf Verlangen bis 8. Mai gegen Nachnahme der Auslagen für Glas und Verpackung versandt und vor Beginn der Steigerung aufgestellt.

Müllheim i. Baden, den 26. April 1876.

gez. **G. Hammetter,**
Gerichtsnotar.

H1252Q

Die **Villa Waldeck** in **Herrenalb für Luftkurgäste reizend gelegen** mit comfortabler Zimmereinrichtung, großem Garten, Wasserleitung 2c. wird in Folge Ablebens der Eigenthümerin, Freifrau von Bunsen an ganze Familien oder einzelne Personen vermiethet

Pension im Hause.

Näheres durch die Wirthschafterin Fräulein Rosine Dick. B.673.1.

B.501.5. Karlsruhe.

Ruhrkohlen

frisch eingetroffen empfehlen ab Schiff Maxau

Birnbacher, Kunz & Co.
in Karlsruhe.

Bad Imnau in Hohenzollern.

Eröffnung: Sonntag den 14. Mai.

B.666.

E. ADELSWITTGABE. BAD IMNAU in HOHENZOLLERN. Badeigenthümer M. Frey.

Herr Professor Dr. Säxinger in Tübingen, welcher die Güte hatte, zu der neuen, zweiten Auflage der Badeschrift über Imnau, von Hrn. Badearzt Dr. Mock, die Vorrede zu schreiben, spricht sich in derselben folgender Weise aus:

„Der Kurort Imnau in Hohenzollern ist ausgezeichnet durch seinen Reichthum an vorzüglichen Eisenquellen, welche bei glücklicher Mischung und starkem Gehalt an Kohlensäure völlig ebenbürtig den Quellen von Schwalbach, Spaa und Pyrmont an die Seite gestellt werden können. Die Quellen sind stark an Eisengehalt, an Mangan und vorzüglich an Kohlensäure, so daß sie auch genug Kohlensäure enthalten, um als gasreiche Bäder zu wirken. Die Bäder- und Douche-Einrichtungen entsprechen den neuesten Anforderungen, welche die Wissenschaft an ein Heilbad zu stellen berechtigt ist, und zeichnen sich ferner durch wahrhafte Eleganz und große Zweckmäßigkeit aus. Der Gefertigte hat seit 6 Jahren Gelegenheit gehabt, an zahlreichen Krankheiten die Erfolge der Kur selbst zu beobachten, und nimmt keinen Anstand, sich dahin auszusprechen, daß Imnau in allen Fällen, wo seine Quellen indicirt sind, geradezu überraschende Erfolge der Kur aufzuweisen hat und besonders bei Frauenkrankheiten Vorzügliches leistet."

Tübingen, im April 1875. **Professor** Dr. Säxinger.

Professor F. Riemeyer schrieb:

„Die Quellen von Imnau schließen sich den stärksten Eisenquellen an, welche überhaupt existiren. Die Einrichtung der Bäder läßt nichts zu wünschen übrig, und die vorhandenen Douchenapparate sind vorzüglich. Ich habe während vier Jahren eine namhafte Anzahl von Kranken nach Imnau geschickt und mich von den Erfolgen der Kur genau überzeugt. Ich nehme keinen Anstand, mich dahin auszusprechen, daß meine Erwartungen durch die geradezu ausgezeichneten Erfolge noch weit übertroffen wurden, und kann nur dringend wünschen, daß Imnau auch in weiteren Kreisen die Anerkennung findet, welche es verdient."

Tübingen 1864. **Professor F. Riemeyer.**

Professor Breit schrieb:

„Ich habe seit vielen Jahren sehr viele kranke Frauen nach Imnau geschickt und kann bezeugen, daß die Quellen Imnau's bei Frauenkrankheiten Vorzügliches leisten.

Tübingen 1864. **Professor Breit.**

Geheimer Sanitätsrath Dr. Gfrörer schrieb:

„Ich lebe und wirke nun schon 35 Jahre ganz in der Nähe von Imnau und kann mir bei der großen Zahl von Kranken, an welchen ich die Heilkräfte seiner Quellen so viele Jahre beobachtet habe, gewiß ein Urtheil darüber erlauben. Dieses lautet dahin, daß der regelrechte Gebrauch der Imnauer Eisenquellen bei allen geeigneten Kranken nicht nur eine gute Wirkung, sondern in den meisten Fällen einen überraschend guten Erfolg hatte."

„Es steht fest, daß die Quellen von Imnau zu den kräftigsten und besten Eisenquellen zählen." Dr. **Gfrörer,**

Hechingen 1864. Geh. Sanitätsrath.

Hofrath Dr. Ritter schrieb:

„Durch unablässigen Eifer des gegenwärtigen Besitzers — Herr M. Frey — ist, unter den bekannten kleineren Bädern, Imnau das größte, eleganteste und comfortabelste Bad geworden; seine heilkräftige Wirkung, namentlich in Krankheiten, welchen eine quantitative oder qualitative Alienation der Blutmischung zu Grunde lag, habe ich seit Jahren auf das Glänzendste bewährt gefunden und dieselbe stets auf die eigenartige chemische Konstitution der Quellen zurückführen und wissenschaftlich begründen können"

Hofrath Dr. **Ritter.**

Heyfelder schrieb:

„Die Imnauer Mineralwasser gehören zu den vorzüglichsten Sauerwassern."

Heyfelder,
Bäder Württembergs und Hohenzollerns, pag. 63.

Gestützt auf diese, Bad Imnau so hochstellende Zeugnisse, bezeichne ich die darin erwähnten Bäder, als: **Mineral- und Kiefernadelbäder, Soolbäder bis zur stärksten Mutterlauge (Soole und Mutterlauge werden von der nahe gelegenen Saline Stetten bezogen).** Ferner **römisch-irisch-türkische Bäder;** letztere sind in **rein pompejanischem Styl erbaut;** sodann **Fluß- und Wellenbader** in dem nahe vorbeifließenden Flusse Eyach. Diesen Bädern reiht sich ferner an die **Molkenkuranstalt.** Molken nach Schweizerart mit doppelter Ausscheidung bereitet.

Für größere Gesellschaften kann, wenn mir vorher gütige Nachricht ertheilt wird, stets ein großes Lokal verabreicht werden.

Die so eben erschienene zweite Auflage der Badeschrift von Dr. Mock, Badearzt hier, durch viele Zusätze und ärztliche Erfahrungen und Atteste wesentlich vermehrt, in deutscher und französischer Sprache, wird den Aerzten auf Verlangen sofort unentgeltlich zugesandt. Für Private wird das Exemplar zu 40 Pfennigen berechnet.

Herr Professor Dr. Säxinger **aus Tübingen** will auch in diesem Jahr die Güte haben, wöchentlich **zweimal — Donnerstag und Sonntag** — zur Ertheilung von **Consultationen** hierher zu kommen. **Ständige Badeärzte** sind Herr Physikus Dr. **Wern** und Herr Dr. **Mock.** Außerdem will Herr Physikus Dr. **Eugen Koller aus Hechingen** die Güte haben, jeden Donnerstag zur ärztlichen Rathertheilung hierher zu kommen.

Ausgangsstation ist die Königl. Württemb. Eisenbahnstation Eyach, eine halbe Stunde von Imnau entfernt, und stehen zu allen Zügen **Wagen, Omnibusse und Postwagen bereit. Schnellzüge von Stuttgart, Zürich, Pforzheim.**

Theatervorstellungen haben wöchentlich zwei statt. Für gute **Kurmusik** ist Sorge getragen. **Concerte, Beleuchtungen** 2c. werden besonders angezeigt.

M. Frey, Badeigenthümer

B.590 2. Heidelberg.

Filet-Jacken.

Die von Herren C. Metz & Söhne in Freiburg i. B. erfundenen und patentirten ***Filet-Jacken*** aus Seide und Baumwolle empfehle hiermit.

Heidelberg, Mai 1876.

Carl Spitzer,
(29/V) Niederlage für Unter Baden, Hessen und Rheinbayern.

ASTHMA **Brustbeklemmungen. Keuchhusten. Affection der Athmungs-Organe.** Heilung durch den Gebrauch des **PAPIER'S** und der **CIGARREN** von **GICQUEL,** Apotheker 1ter Klasse der Pariser medizin. Schule. — Zu bekommen in allen groesseren Apotheken. — **General-Depôt für ganz DEUTSCHLAND,** bei **ELNAIN & Cie, in Frankfurt a/M.**

Preis 1 große Schachtel 3 Mark, 1 kleine Schachtel 2 Mark. Zu haben in ***Karlsruhe*** **en gros** bei ***Th. Brugier.*** X.593 20.

B.679. Meersburg.

Wein-, Weinhefe- und Weinstein-Versteigerung.

Aus der Spitalkellerei Meersburg kommen am

Dienstag den 16. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, auf hiesigem Rathhause verschiedene reingehaltene Weine aus den Jahrgängen 1873, 1874 und 1875 nebst ca. 28 Hektoliter Weinhefe, ca. 20 Kilo Weinstein und ca. 18 Kilo Floß öffentlich zur Versteigerung, was mit dem Anfügen hiemit bekannt gemacht wird, daß auch nach der Versteigerung und zu jeder Zeit um den Anschlag und gegen Baarzahlung Weine abgegeben werden.

Meersburg, den 10. Mai 1876.

Spitalverwaltung.
Waldschütz.

B.682.2. Gemeinde Hatten i. E.

Bau- und Nutzholzversteigerung.

Am Donnerstag den 18. Mai, Morgens um 9 Uhr, werden auf dem Gemeindehaus in Hatten folgende Bau- und Nutzhölzer öffentlich auf Kredit versteigert, nämlich:

	Stück	Fesm.	Durchmesser
Eichen	100	von 180.	0,15—1,11
Erlen	20	von 100.	0,20 0,40
Eschen	10	— 8.	
Birken	20	— 10.	
Weißrüstern	20	— 15.	

Hier unbekannte Steigerer haben eine, hier als zahlfähig bekannte Person, als Bürge zu stellen.

Hatten, den 6. Mai 1876

Der Bürgermeister.
Höckel.

Bürgerliche Rechtspflege.

Erbvorladungen

C.641. Lahr. Katharina Scheerer, Ehefrau des Johann Lamertin von Ottenheim, ist zur Erbschaft ihrer verstorbenen Mutter, Wittwe des Philipp Scheerer, Ursula, geb. Stolz von Ottenheim mitberufen.

Dieselbe soll vor einigen Jahren nach Amerika ausgewandert sein. Da nun deren Aufenthaltsort derzeit nicht bekannt ist, so wird dieselbe oder deren gesetzliche Erben anmit aufgefordert,

binnen 3 Monaten

sich bei dem Unterzeichneten zu den Erbtheilungsverhandlungen schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich Derjenigen zugetheilt würde, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Lahr, den 4. Mai 1876.

Der Großh. Notar.
Rieger.

C.640. Oberkirch. Heinrich Ihringer von Oberkirch ist zum Nachlasse seiner am 3. d. Mts. verstorbenen Mutter, der Anton Ihringer Wittwe, Juliana, geb. Zimmerer von da, mitberufen.

Derselbe oder seine etwaigen Abkömmlinge werden andurch mit Frist von

drei Monaten

zu den Erbtheilungsverhandlungen vorgeladen, ansonst die Erbschaft Denjenigen zugeschieden würde, welche sie erhielten, wenn die Aufgeforderten zur Zeit des Erbanfalles nicht mehr gelebt hätten.

Oberkirch, den 4. Mai 1876.

Der Großh. bad. Notar.
Mühl.

Verwaltungssachen.

Gemeindesachen.

B.678. Nr. 5333 Kork. Friedrich Werner von Helzhausen wurde als Bürgermeister dieser Gemeinde gewählt und heute verpflichtet.

Kork, den 8. Mai 1876.

Großh. bad. Bezirksamt.
Sonntag.

B.677. Nr. 4434 Wiesloch. Die Wahl eines Bürgermeisters in Mühlhausen betr.

Herr Ferdinand Hassel von Mühlhausen wurde als Bürgermeister der Gemeinde Mühlhausen erwählt und heute verpflichtet.

Wiesloch, den 9. Mai 1876.

Großh. bad. Bezirksamt.
Bensinger.

Verm. Bekanntmachungen

B.675. Nr. 4044. Karlsruhe.

Bekanntmachung

Den Schub der Gefangenen auf der Eisenbahn betr.

Während des mit dem 15. d. Mts. beginnenden Sommerdienstes findet auf den Großh. Staats-Eisenbahnen der Gefangenentransport an den bezeichneten Tagen mit folgenden Zügen statt:

A. Auf der Hauptbahn in besonderen Gefangenenwagen.

Jeden Dienstag und Freitag
mit Zug 21 von Mannheim bis Freiburg,
„ „ 20 „ Konstanz „ Freiburg;
jeden Mittwoch und Samstag
mit Zug 9 von Freiburg bis Singen,
„ „ 13 „ Singen „ Konstanz,
„ „ 6 „ Freiburg „ Offenburg,
und
mit Zug 8 von Offenburg bis Mannheim.

B. Auf Seitenbahnen in abgeschlossenen Abtheilungen III. Classe.

1. Zwischen Wertheim und Heidelberg
jeden Montag und Freitag
mit Zug 76 von Wertheim bis Lauda,
„ „ 62 „ Lauda bis Heidelberg;
jeden Dienstag und Samstag
mit Zug 57 von Heidelberg bis Lauda,
„ „ 75 „ Lauda bis Wertheim;

2. zwischen Durlach und Pforzheim
jeden Montag und Donnerstag
mit Zug 170 von Durlach bis Pforzheim
und
mit Zug 171 von Pforzheim bis Durlach;

3. zwischen Singen und Offenburg
jeden Dienstag und Freitag
mit Zug 248 von Singen bis Offenburg,
jeden Mittwoch und Samstag
mit Zug 247 von Offenburg bis Singen;

4. zwischen Meßkirch und Radolfzell
jeden Dienstag und Samstag
mit Zug 322 von Meßkirch nach Radolfzell
und
mit Zug 323 von Radolfzell nach Meßkirch.

Karlsruhe, den 9. Mai 1876.

Ministerium
des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
A. A. d. Pr.:
v. Seyfried.
Arnold.

B.681.1. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Verordnung Gr. Handelsministeriums vom 4. April 1870 (Gesetzes- und Verordnungs-Blatt Nr. XXI) **wird hiermit bekannt gegeben, daß die nächste Gehilfenprüfung für den Eisenbahndienst am**

Montag den 24. Juli d. J.

vorgenommen werden wird.

Die Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 20. Juni d. J. anher einzureichen.

Karlsruhe, den 10. Mai 1876.

Generaldirektion der Gr. Staats-Eisenbahnen.
W. Eisenlohr.
Heitlinger.

B.672. Sinsheim.

Bekanntmachung.

Die Gant des Kaufmann Friedrich Rudisile in Eschelbach betr.

In Folge richterlicher Verfügung werden künftigen

Mittwoch den 17. Mai d. J.,
Morgens 8 Uhr,

im Gasthause zum Pfälzerhof in Sinsheim die Effenwaaren, nämlich Tuche, Buckskin, Kleiderzeug, Flanell, Halbflanell, Baumwollenzeug, Fuhrmannshemden, Blousen, Baumwoll, Federn, Knöpfe im Taxwerthe zu 4495 Mark gegen baare Bezahlung versteigert.

Sinsheim, den 6. Mai 1876

Zimmermann, Gerichtsvollzieher.

B.599. 2. Gerlachsheim.

Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden den Karl Kaltenbach Eheleuten von Grünsfeld die nachverzeichneten Liegenschaften am

Dienstag den 30 Mai d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

auf dem Rathhaus zu Grünsfeld öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr erreicht wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

	Anschlag
7 Morgen 2 Viertel 27 Ruthen Acker in verschiedenen Parzellen	1809 M.
3 Morgen 3 Viertel 32 Ruthen Weinberg in verschiedenen Parzellen	650 M.
8 Ruthen Garten	58 M.
Die Hälfte eines 2stöckigen Wohnhauses mit halber Scheuer und Dungplatz	1032 M.
Zusammen	3549 M.

Dreitausend fünfhundert vierzig neun Mark.

Gerlachsheim, den 25. April 1876.

Der Vollstreckungsbeamte:
F. Müller.

B.662. 1 Nr. 2134 Mannheim.

Erledigte Gehilfenstelle.

Durch anhaltende Krankheit unseres ersten Gehilfen ist dessen Stelle erledigt und soll baldmöglich wieder besetzt werden. Mit der Stelle ist vorerst ein Jahresgehalt von 1200 Mk. verbunden.

Hiezu Lustragende wollen sich innerhalb 14 Tagen unter Vorlage von Zeugnissen bei uns melden.

Mannheim, den 8. Mai 1876.

Großh. Landesgefängniß-Verwaltung.

B.683. Womit habe ich Dich so beleidigt? O! sei gut, und nehme mein Herz wieder auf. — Bitte! —

(Mit einer Beilage und einer Extrabeilage: „Sommerfahrplan der Großh. bad. Eisenbahnen".)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.